

Zwei Wählerschaften in einem Land? Wahlverhalten im vereinigten Deutschland

Harald Schoen/Roland Abold

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

„Die Bundestagswahl wird im Osten entschieden.“ Es bedurfte nicht erst einer Nachwahl in Dresden, die am 2. Oktober 2005 über die endgültige Zusammensetzung des 16. Deutschen Bundestages entschied, um dieses Diktum zu einem geflügelten Wort werden zu lassen. Beinahe vor jeder Wahl seit 1990 bemühen Politiker, Meinungsforscher oder politische Beobachter diese Behauptung, um ihre Argumentation anzureichern. Einige Akteure, etwa Edmund Stoiber vor der Wahl 2005, entscheiden sich auch für die pessimistische Version, die die neuen Länder als ein politisches Bermuda-Dreieck erscheinen lassen, in dem Wählerstimmen spurlos verschwinden: „Die Wahl kann im Osten zwar nicht gewonnen, wohl aber verloren werden.“

Wörtlich verstanden, erscheinen beide Varianten des Diktums wenig sinnvoll. Denn ein Fünftel der Wahlberechtigten kann eine Wahl nicht allein entscheiden, wenn die Stimmen aller Bürger das gleiche Gewicht besitzen. Schlüssig erscheint die Aussage erst dann, wenn man vom Wahlverhalten und von den parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen in den alten Ländern ausgeht und beispielsweise fragt, ob das Stimmverhalten in den neuen Ländern zu einer erheblichen Abweichung des gesamtdeutschen Wahlergebnisses vom westdeutschen führt. Die politische Alltagsweisheit vom Wahlen entscheidenden Osten legt demnach das westdeutsche Wahlverhalten als Maßstab an das ostdeutsche an. Ob dies statthaft sei, darüber gehen die Meinungen auseinander. Einige sehen es als reine Selbstverständlichkeit an, zu fragen, ob sich nach der weitgehenden ostdeutschen Übernahme von Wahlrecht, Wahlsystem und Parteienangebot aus Westdeutschland auch das Wahlverhalten an westdeutsche Muster annähert. Mancher Beobachter, der Wert darauf legt, dass Ost- und Westdeutsche einander gleichberechtigt begegnen, mag darin jedoch eine stillschweigende Bevormundung der Ostdeutschen erkennen. In dieser normativen Frage dürfte nur schwer ein Konsens zu erreichen sein. Leichter ist es, über das zweite Element der eingangs erwähnten politischen Alltagsweisheit Einigkeit zu erzielen. Es besagt, dass in Ost und West unterschiedlich gewählt wird. Ob dies zutrifft, lässt sich klären, indem man das Wahlverhalten in den alten und den neuen Bundesländern untersucht. In diesem Beitrag wollen wir daher der Frage nachgehen, ob es an den Wahlurnen zur viel beschworenen ‚inneren Einheit‘ gekommen ist.

2. Ausgangslage und Erwartungen bei der Vereinigung

Bei der Bundestagswahl 1990 traten erstmals seit beinahe sechzig Jahren Ost- und Westdeutsche wieder gemeinsam an die Wahlurnen, doch taten sie dies unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Die Westdeutschen hatten in einer pluralistischen Gesellschaft mit demokratischem Parteienwettbewerb gelebt. Sie hatten bereits seit 40 Jahren regelmäßig die Gelegenheit gehabt, an freien Wahlen teilzunehmen. Bis zum Ende der achtziger Jahre hatte sich ein Vierparteiensystem entwickelt, in dem die beiden Volksparteien als Hauptgegenspieler agierten. Die Unionsparteien konnten dabei seit der Wahl 1953 regelmäßig deutlich mehr als vierzig Prozent der Stimmen erzielen. Der SPD war es vor allem in den siebziger Jahren gelungen, ebenfalls mehr als vierzig Prozent der Stimmen zu erringen, seit dem Regierungswechsel 1982 war sie unter diese Marke gerutscht. Der Stimmenanteil der FDP schwankte regelmäßig zwischen fünf und zehn Prozent, doch konnte sie mehr Einfluss nehmen, als diese niedrigen Prozentwerte erahnen lassen. Sie war gleichsam das Zünglein an der politischen Waage, da sie mit der Wahl ihres Koalitionspartners über die Regierung entschied. Zuletzt hatte sie dies 1982 gezeigt, als sie von einer sozial-liberalen zu einer christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher wechselte. Allerdings begann die Lage der FDP im Jahr 1983 weniger komfortabel zu werden, da mit den Grünen eine weitere Partei in den Bundestag einzog. Anders als von vielen erwartet, konnten die Grünen 1987 ihr Ergebnis sogar noch verbessern und schienen auf dem besten Weg, sich als vierte Kraft im bundesdeutschen Parteiensystem zu etablieren. Ihre Wahlerfolge hatten nicht zuletzt die SPD Stimmen gekostet und deren Aussichten auf eine Regierungsübernahme verschlechtert: Von einer absoluten Mehrheit war sie weit entfernt und konnte weder mit der FDP noch mit den bundespolitisch auf eine Oppositionsrolle festgelegten Grünen eine Koalition eingehen.

Das Wahlverhalten in der Bundesrepublik vor 1990 war maßgeblich von langfristig stabilen Parteibindungen geprägt (vgl. etwa Falter/Schoen 1999). Rund sieben von zehn Wahlberechtigten fühlten sich längerfristig einer politischen Partei verbunden. Jeweils knapp dreißig Prozent der Deutschen waren Anhänger von Union oder SPD, jeweils knapp fünf Prozent der Deutschen identifizierten sich mit der FDP oder den Grünen. Eine solche gefühlsmäßige Bindung (auch psychische Parteimitgliedschaft genannt) färbt die politische Wahrnehmung. Sie lässt Politiker und Programme der „eigenen“ Partei in einem günstigen Licht erscheinen. Angebote anderer Parteien betrachten Parteianhänger dagegen eher mit

Skepsis und Argwohn. Parteianhänger ähneln in gewissem Sinn Fußballfans, die das Schicksal „ihres“ Vereins interessiert verfolgen, sich über Siege freuen und über Niederlagen ärgern, die „ihre“ Mannschaft im Stadion anfeuern und den Gegner auspfeifen. Eine Parteiidentifikation begünstigt die Wahlteilnahme und die regelmäßige Stimmabgabe zugunsten der nahe stehenden Partei. Allerdings garantiert sie kein Votum zu deren Gunsten. Vielmehr können Parteianhänger aus Unzufriedenheit über das Personal- oder Programmangebot „ihrer“ Partei oder wegen der Attraktivität anderer Angebote durchaus ab und an für eine andere Partei stimmen. Da Parteiidentifikationen auch die politische Wahrnehmung färben, kamen solche Abweichungen oder gar wechselnde Bindungen jedoch nicht sehr häufig vor.

Partei Bindungen waren nicht in allen Bevölkerungsschichten gleich verbreitet. SPD-Anhänger waren verstärkt in der Arbeiterschaft zu finden, mit einem Schwerpunkt bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Darin spiegelt sich die Entstehungsgeschichte der SPD als politische Interessenvertretung der Arbeiterbewegung wider. Die Unionsparteien hatten nach dem Zweiten Weltkrieg vielerorts an die Tradition des katholischen Zentrums angeknüpft. Unionsanhänger waren daher bevorzugt unter (praktizierenden) Katholiken anzutreffen. Dank der politischen Prägekraft von Partei Bindungen entschieden sich Mitglieder dieser Klientelgruppen bei Wahlen regelmäßig für „ihre“ Partei. Im Ergebnis waren relativ stabile traditionelle Muster des Wahlverhaltens zu beobachten.

Als sich nach der Revolution des Jahres 1989 in der DDR eine Neuwahl der Volkskammer abzeichnete, schossen Spekulationen über deren Ausgang ins Kraut. Nicht wenige Beobachter rechneten mit einem ungefährdeten Sieg der neu gegründeten SPD. Denn, so die Überlegung, die SPD habe in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik gerade in Sachsen und Thüringen Hochburgen besessen. Dem ließ sich jedoch entgegenhalten, dass in Ostdeutschland der demokratische politische Wettbewerb nicht nur – wie im Westen – zwischen 1933 und 1945 außer Kraft gesetzt war, sondern auch nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1989. Das DDR-Regime hatte innergesellschaftliche Interessengegensätze zugunsten der ideologischen Formel, es handele sich um einen Arbeiter- und Bauernstaat, geleugnet. Ein echter Parteienwettbewerb fand zwischen der SED und den Blockparteien nicht statt, die Wahlen genügten keineswegs demokratischen Maßstäben. Nicht ohne Grund war mit Blick auf politische Wahlen in der DDR häufig von „Zettelfalten“ die Rede. Traditionelle Muster des Wählerverhaltens konnten sich unter diesen Bedingungen nur schlecht erhalten. Daher erschien es zweifelhaft, ob SPD-Hochburgen aus der Kaiserzeit und der Weimarer Republik

auch bei der Volkskammerwahl 1990 herausragende Ergebnisse für die Sozialdemokraten versprochen.

Selbst wenn man diese Skepsis teilte, schien ein SPD-Sieg nicht unwahrscheinlich. Zum einen sprach die Sozialstruktur der DDR dafür. Da der Anteil der Arbeiter, also der klassischen SPD-Klientel, deutlich höher war als in der Bundesrepublik, schienen die Aussichten für die SPD günstig. Zum anderen hatten die Ostdeutschen in einem Staat mit sozialistischer Indoktrination gelebt und waren daher vermeintlich prädestiniert, eine sozialdemokratische Partei zu unterstützen, nachdem die SED mit dem Staatsbankrott ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt hatte. Im Vergleich dazu schienen die Aussichten der Christdemokraten ungünstig, obgleich sie an die Ost-CDU anknüpfen konnten. Nicht zuletzt infolge der Entchristianisierungspolitik des SED-Regimes war die klassische Unionsklientel, die praktizierenden Katholiken, nur eine zahlenmäßig marginale Minderheit. Daher schien in der DDR eine Umkehrung der westdeutschen Mehrheitsverhältnisse vorgezeichnet.

Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 enttäuschte die Erwartungen an einen „roten Osten“ auf das heftigste. Die SPD konnte nur knapp 22 Prozent der Stimmen erringen. Im Vergleich zu den übrigen Teilen der DDR schnitt sie in Sachsen und Thüringen sogar noch deutlich schlechter ab. Den Sieg trug die „Allianz für Deutschland“ davon, in der sich die Ost-CDU sowie zwei Neugründungen, der Demokratische Aufbruch (DA) und die Deutsche Soziale Union (DSU), zusammengeschlossen hatten. Mindestens ebenso sehr wie ihr Stimmenanteil von gut 48 Prozent überraschte die Tatsache, dass diese Formation unter Arbeitern deutlich besser abschnitt als im Bevölkerungsdurchschnitt. Die Muster des Wahlverhaltens, wie sie aus der alten Bundesrepublik bekannt waren, schienen auf die DDR nicht übertragbar, ja sie waren geradezu auf den Kopf gestellt worden.

Das Parteienspektrum in der DDR war zudem wesentlich stärker zersplittert und bunter als im westdeutschen Vierparteiensystem, weshalb mancher sich an die erste Bundestagswahl 1949 erinnert fühlte. Besonders ins Auge fiel die SED-Nachfolgerin PDS. Denn mit ihr hatte eine Partei mehr als sechzehn Prozent erreicht, zu der es in der Bundesrepublik praktisch kein Gegenstück gab, waren hier doch linksradikale Gruppierungen nie über ein Nischendasein hinausgekommen. Überdurchschnittlich gut schnitten die SED-Erben bei der Volkskammerwahl in der staatsnahen DDR-Elite ab, während sie – obgleich Partei des Arbeiter- und Bauernstaates – von Arbeitern vergleichsweise wenige Stimmen erhielt.

Welche Schlussfolgerungen auf die künftigen parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse in Ostdeutschland erlaubte dieses ebenso deutliche wie überraschende Ergebnis? Roth (1990) sah in ihm eine Momentaufnahme ohne Aussagekraft über künftiges Wahlverhalten. Dies

begründete er damit, dass die Ostdeutschen 1990 keine langfristigen Parteibindungen besessen hätten, die das Wahlverhalten hätten prägen und stabilisieren können. Der politische Wettbewerb sei über Jahrzehnte ausgesetzt gewesen, die Bürger hätten keine Erfahrungen mit den nunmehr dominierenden demokratischen Parteien sammeln können. Daher hätten die Ostdeutschen anders als ihre westdeutschen Landsleute allein aufgrund kurzfristiger Orientierungen entschieden. In dieser Situation hätte von Wählerurteilen über die Spitzenkandidaten der Parteien ein großer Einfluss auf das Stimmverhalten ausgehen können, doch sei dies ausgeblieben. Vielmehr hätten sich die Ostdeutschen als rein sachfragenorientierte Wähler erwiesen: Sie hätten konsequent für jene Partei gestimmt, von der sie sich die Lösung der ihnen wichtig erscheinenden Probleme und die Verfolgung richtiger Ziele am ehesten versprochen. Aus dieser Sicht waren die Ostdeutschen den Westdeutschen auf dem Weg zum ungebundenen, allein kurzfristig entscheidenden „rationalen“ Wähler vorausgeeilt. Sie stellten die moderneren, da von traditionellen Bindungen befreiten Wähler dar, gewissermaßen eine politische Avantgarde an der Wahlurne. Gemäß dieser Argumentationslinie waren die Ost-West-Unterschiede in den Mehrheitsverhältnissen und der Parteipräferenz bestimmter gesellschaftlicher Gruppen nicht notwendig von Dauer. SPD oder PDS besaßen die Möglichkeit, mit einer entsprechenden Politik stärkste Partei zu werden, während die CDU etwa infolge politischer Fehler von der überraschenden Wahlsiegerin zu einer marginalen Kraft absinken konnte. Auch war es durchaus denkbar, dass die Arbeiter ihre Gunst der CDU entziehen und sich der SPD zuwenden würden. Ein grundlegender Unterschied zwischen Ost und West würde bei allen möglichen Annäherungen jedoch erhalten bleiben: Die Ostdeutschen würden kurzfristiger, wechselhafter und unberechenbarer entscheiden. Allenfalls mittel- oder langfristig wäre aus dieser Sicht mit einer Stabilisierung des Wahlverhaltens zu rechnen gewesen.

Dieser radikalen Tabula-rasa-These widersprachen Autoren, die darauf verwiesen, dass bereits zur Zeit von Mauer und Stacheldraht DDR-Bewohner Orientierungen zu westdeutschen Parteien, so genannte Pseudo-Parteibindungen, entwickelt hätten (Bluck/Kreikenbom 1991; Schmitt 1992). Diese Bindungen seien vor allem durch den Konsum des westdeutschen Fernsehens entstanden, der es den Ostdeutschen erlaubt habe, den Bundestag gleichsam virtuell mit zu wählen. Aus dieser Sicht war zumindest bei einem Teil der ostdeutschen Bürger stabiles Wahlverhalten im Einklang mit ihrer Entscheidung bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zu erwarten. Die Mehrheitsverhältnisse und parteipolitischen Vorlieben sozialer Großgruppen wie etwa der Arbeiterschaft waren demnach nicht vollkommen flexibel, sondern durchaus durch Parteiloyalitäten stabilisiert. Allerdings

folgten sie nicht unbedingt den gleichen Regelmäßigkeiten wie in der Bundesrepublik; Arbeiter waren also nicht gleichsam naturgegeben SPD-Anhänger. Überdies ging man davon aus, dass ein deutlich kleinerer Teil der Ostdeutschen Parteianhänger waren als in Westdeutschland, weshalb graduell stärker situationsbedingtes Wahlverhalten und eine größere Wechselbereitschaft anzutreffen sein würden.

Erst recht für eine Kontinuität der Überraschung vom 18. März 1990 sprach das Argument, in der DDR habe sich eine stabile, aber vom bundesdeutschen Muster grundlegend verschiedene gesellschaftliche Konfliktstruktur herausgebildet. Kennzeichnend sei ein Konflikt zwischen regimenahe Kräften, etwa den Partieliten und der Intelligentsia, und regimefernen Personen, etwa einfachen Arbeitern. Erstere stimmten aus Verbundenheit mit dem sozialistischen Regime für linke Parteien, während letztere für Parteien votierten, die für einen klaren Bruch mit dem alten Regime einträten. Die aus westdeutscher Sicht anomal erscheinende Vorliebe ostdeutscher Arbeiter für die CDU sei strukturell verankert und daher langfristig stabil (vgl. Dalton/Bürklin 1995). In der Konsequenz erschien die CDU als gleichsam natürliche Mehrheitspartei in Ostdeutschland. Der PDS wäre zunächst eine politische Randexistenz gesichert gewesen, doch hätte sie langfristig mit ihrem allmählichen Untergang rechnen müssen. Das Wahlverhalten wäre damit durch ein ähnliches Maß an Kontinuität geprägt wie im Westen, würde aber ganz anderen Regelmäßigkeiten folgen als dort.

Keine der drei Thesen ließ eine rasche Anpassung des ostdeutschen an das westdeutsche Wahlverhalten in jeder Hinsicht erwarten. So konnten sich die Mehrheitsverhältnisse und Zuordnungen zwischen Parteien und Bevölkerungsgruppen nur dann westdeutschen Verhältnissen anpassen, wenn das Wahlverhalten bei der Volkskammerwahl nicht stabile Parteiloyalitäten widerspiegelte. Hätte die Zugehörigkeit zu Bevölkerungsgruppen das Wahlverhalten im Osten genauso geprägt wie im Westen, hätten sich wegen des höheren Arbeiteranteils und der wenigen Katholiken im Osten andere Mehrheitsverhältnisse als im Westen ergeben. Wie hat sich nun das Wahlverhalten seit der Wiedervereinigung tatsächlich entwickelt?

3. Die parteipolitischen Kräfteverhältnisse bei den Bundestagswahlen 1990-2005

Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl stand noch ganz unter dem Eindruck der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP ging mit beinahe 55 Prozent der Zweitstimmen als eindeutiger Sieger aus der Wahl hervor. Sie wurde

allerdings nicht zum Triumphzug für den „Einheitskanzler“ Kohl. Die Unionsparteien konnten in den alten Bundesländern ihren Stimmenanteil aus dem Jahr 1987 behaupten, in den neuen Ländern erzielte die CDU praktisch den Stimmenanteil, den sie und der Demokratische Aufbruch (DA), der ihr im August 1990 beigetreten war, bei der Volkskammerwahl im März gewonnen hatten. Eigentlicher Gewinner war die FDP, die Partei von Außenminister Genscher, der im Spätsommer 1989 etwa mit seinem Einsatz für die Prager Botschaftsflüchtlinge in Erscheinung getreten war und im Vereinigungsprozess eine herausragende Rolle gespielt hatte. In den alten Bundesländern konnte die FDP erst zum vierten Mal seit der Gründung der Republik mehr als zehn Prozent für sich verbuchen. In den neuen Ländern erzielte sie sogar knapp dreizehn Prozent und konnte erstmals seit 1961 bei Bundestagswahlen ein Direktmandat gewinnen, nicht zufällig in Halle, Genschers Heimatstadt. Die Vereinigung schien sich für die FDP als Glücksfall zu erweisen.

Die SPD kam in Gesamtdeutschland auf ein Drittel der Stimmen. In den alten Ländern musste sie im Vergleich zur Wahl 1987 sogar noch Stimmenverluste hinnehmen. In Ostdeutschland gelang es ihr zumindest, das sehr ernüchternde Ergebnis der Volkskammerwahl auf knapp ein Viertel der Stimmen zu verbessern. Doch war sie in West und Ost weit davon entfernt, stärkste Partei zu werden. Dazu mag beigetragen haben, dass der SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine zur deutschen Vereinigung eine eher skeptische Haltung einnahm und überdies nicht die klassische Sozialdemokratie, sondern eher die Neue Linke in der SPD repräsentierte. Zu den Verlierern zählten zweifelsohne die Grünen. Nachdem sie 1987 ihren Stimmenanteil auf über acht Prozent hatten steigern können und auch noch im Wahljahr 1990 in den Umfragen zwischen sieben und acht Prozent gelegen hatten, scheiterten sie in den alten Ländern an der Fünfprozenthürde. Offenbar hatte sie das Thema Wiedervereinigung auf dem falschen Fuß erwischt. Dies brachten sie selbst deutlich zum Ausdruck, indem sie mit dem Slogan „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“ in den Bundestagswahlkampf zogen. Anders als die anderen etablierten westdeutschen Parteien hatten die Grünen kein Bündnis mit einer relevanten politischen Kraft in der DDR geschlossen. Die größeren ostdeutschen Bürgerrechtsgruppen und die Ost-Grünen hatten sich zwar zu dem Wahlbündnis Bündnis 90/Grüne zusammengeschlossen, traten jedoch nicht gemeinsam mit den westdeutschen Grünen an. Bündnis 90/Grüne gelang es, die Fünfprozenthürde in den neuen Bundesländern zu überwinden und in Gruppenstärke in den Bundestag einzuziehen.

Die Ostpartei profitierte dabei von einer wahlrechtlichen Besonderheit der Wahl 1990. Obwohl ein gesamtdeutscher Bundestag gewählt wurde, wurden West- und Ostdeutschland als getrennte Wahlgebiete betrachtet, auf die jeweils die Fünfprozenthürde angewendet

wurde. Von dieser Regel, die das Bundesverfassungsgericht eingefordert hatte, profitierte auch die PDS. Sie erzielte in den neuen Ländern mit rund elf Prozent der Stimmen ein merklich schlechteres Ergebnis als noch bei der Volkskammerwahl, konnte aber bequem die regionale Sperrklausel überwinden und in Gruppenstärke in den Bundestag einziehen. In den alten Bundesländern konnte die PDS dagegen nicht Fuß fassen und kam auf weniger als ein Prozent der Stimmen.

Im Großen und Ganzen bestätigte die Bundestagswahl 1990 die politischen Kräfteverhältnisse in beiden Landesteilen, wie sie bei der Bundestagswahl 1987 bzw. der Volkskammerwahl im März 1990 erkennbar waren. Im Falle der alten Bundesländer überraschte das angesichts des relativ stabilen Wahlverhaltens bei vorangegangenen Urnengängen nicht sonderlich. In den neuen war es dagegen nicht selbstverständlich. Die Kontinuität der Mehrheitsverhältnisse in Ostdeutschland hätte man als Indiz gegen die Tabula-rasa-These lesen können. Freilich kann man aus stabilem Wahlverhalten nicht zwingend auf das Vorhandensein langfristiger Parteibindungen schließen, zumal wenn zwischen zwei Wahlen nur neun Monate liegen. Auch konnte man aus der Mehrheit der schwarz-gelben Koalition in den neuen Ländern nicht folgern, dass die Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger trotz langjähriger sozialistischer Indoktrination eine Politik befürworten würde, die sich staatlicher Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen enthält. Denn selbst schärfste Kritiker der Kohlschen Wiedervereinigungspolitik hätten ihr wohl kaum marktradikale Züge vorgeworfen. Die Ähnlichkeit des Stimmenanteils der Regierungsparteien in beiden Landesteilen schien also durchaus mit innerdeutschen Unterschieden in den Politikpräferenzen der Bürger vereinbar. Umso interessanter war es zu beobachten, wie sich die parteipolitischen Kräfteverhältnisse weiterentwickeln würden.

Der anfängliche Erfolg der CDU in den neuen Ländern sollte sich als trügerisch erweisen. 1994 fiel sie in der Wählergunst leicht zurück, konnte aber ihre Spitzenposition in Ostdeutschland verteidigen. Das änderte sich 1998, als sie über elf Prozentpunkte und die Regierungsmacht verlor. Diese Scharte konnte sie 2002 nicht auswetzen. 2005 fiel sie sogar auf 25 Prozent der Stimmen zurück und konnte sich in Ostdeutschland nur knapp als zweitstärkste Kraft vor der Linkspartei behaupten. Der rasante Absturz der CDU in den neuen Ländern deutet darauf hin, dass unter ihren Wählern des Jahres 1990 und 1994 nicht sehr viele überzeugte Anhänger waren. Eher dürften sich damals viele Ostdeutsche aus kurzfristigen Erwägungen heraus für die CDU entschieden haben. Dabei scheint die CDU von ihrem Nimbus als „Partei der Einheit“ und den mit der Einheit verbundenen Hoffnungen auf eine schnelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Angleichung der neuen an die alten Länder

profitiert zu haben. Als die ostdeutschen Landschaften jedoch nicht im erhofften Maße zu blühen begannen, dürfte die daraus erwachsene Enttäuschung in Ostdeutschland die CDU viele Stimmen gekostet haben.

In den alten Ländern mussten CDU und CSU nach 1990 ebenfalls Verluste hinnehmen, allerdings in deutlich geringerem Umfang als in den neuen. 1998, als es Helmut Kohl im 16. Jahr seiner Kanzlerschaft „noch einmal wissen wollte“, fielen sie auf 37 Prozent zurück und schnitten damit so schlecht ab wie seit 1949 nicht mehr. 2002 konnten sie sich wieder auf über vierzig Prozent erholen, ohne allerdings auch nur im Entferntesten 44 Prozent oder mehr zu erreichen, wie es zwischen 1953 und 1990 für CDU und CSU gang und gäbe war. Bereits 2005 erwies sich dieser moderate Anstieg als ein Strohfeuer, da die Union wiederum nur rund 37 Prozent erreichte. Damit stehen die Unionsparteien in den alten Bundesländern zwar wesentlich besser da als in den neuen, doch hat sich auch hier ihre Wettbewerbsposition im Vergleich zu den späten achtziger Jahren deutlich verschlechtert. Die Anfang der neunziger Jahre verbreitete Vorstellung, die Union werde zur strukturellen Mehrheitspartei in Deutschland, gegen die nicht regiert werden könne, hat sich – je nach Standpunkt – als eitle Hoffnung oder voreilige Befürchtung erwiesen.

Nach der Bundestagswahl 1990 galt die SPD manchem als eine große Vereinigungsverliererin. Dieser Eindruck erhärtete sich jedoch nicht bei den folgenden Wahlen. In den neuen Bundesländern konnte sie ihren Stimmenanteil von 1990 bis 2002 beinahe kontinuierlich von 24 auf knapp 40 Prozent steigern und die Position als stärkste Kraft erobern. Diese Position konnte sie bei der Wahl 2005 verteidigen, fiel aber auf dreißig Prozent der Zweitstimmen zurück. In der rasanten Aufwärtsentwicklung bis 2002 spiegeln sich unter anderem ostdeutsche Ernüchterung über die Einigungspolitik CDU-geführter Regierungen sowie gekonnte Wahlkampfführung Gerhard Schröders wider; man denke nur an die Wahl 2002, bei der seine Reaktion auf die Elbflut und seine demonstrative Absage an einen Einsatz deutscher Truppen im Irak wesentlich zum SPD-Erfolg beitrugen. Der Rückgang des SPD-Anteils 2005 dürfte ostdeutsche Enttäuschungen über die Sozialreformen der zweiten rot-grünen Bundesregierung widerspiegeln, die freilich durch einen Wahlkampf mit traditionell sozialdemokratischer Rhetorik abgemildert wurde. Im Ergebnis konnte sich die SPD in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung aus einer Minderheitsposition befreien, ist aber weit davon entfernt, eine stabile Mehrheit zu besitzen.

In den alten Ländern gewann die SPD in den neunziger Jahren merklich an Wählerstimmen hinzu, wenngleich schwächer als in den neuen Ländern. 1998 löste sie die Union als stärkste Partei ab und konnte zum ersten Mal seit 1980 wieder die Vierzigprozentmarke überwinden.

Freilich war dieser Erfolg nicht von Dauer, da sie bei den folgenden Wahlen wieder deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen musste und 2005 mit rund 35 Prozent sogar ein wenig schlechter als bei der enttäuschenden Wahl 1990 abschnitt. Allerdings lag sie damit nur noch zwei Prozentpunkte hinter den Unionsparteien, während bei der ersten Wahl im vereinten Deutschland ihr Rückstand noch beinahe neun Prozentpunkte betragen hatte. Ähnlich wie in den neuen Ländern hat sich die relative Wettbewerbsposition der SPD also nicht zuletzt dadurch verbessert, dass ihre Konkurrentin um die Position als stärkste Kraft deutlich an Unterstützung verloren hat.

Die FDP hatte 1990 als eine Gewinnerin der Einheit gegolten, doch war ihrem Erfolg keine lange Dauer beschieden. Hatte sie 1990 in Ostdeutschland noch ein Rekordergebnis erzielt und besser als im Westen abgeschnitten, so stürzte sie 1994 um über neun Punkte auf weniger als vier Prozent ab und verlor 1998 nochmals leicht. Erst 2002 gelang es ihr, in Ostdeutschland wieder mehr als fünf Prozent der Stimmen zu gewinnen, 2005 steigerte sie sich sogar auf acht Prozent. Allerdings blieb sie auch damit noch hinter ihrem westdeutschen Ergebnis zurück. Die Sondersituation des Jahres 1990 scheint der FDP einen einmaligen Bonus beschert zu haben. In den alten Bundesländern konnte sie ihr sehr gutes Ergebnis von 1990 ebenfalls nicht halten und erzielte bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 jeweils zwischen sieben und acht Prozent der Stimmen. 2005 gelang es ihr, wieder die Zehnprozentmarke zu überspringen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich das gute Ergebnis 2005 wiederholen lässt oder einer für die FDP besonders günstigen politischen Konstellation bei einer einzelnen Wahl zu verdanken ist, wie es bereits bei der Vereinigungswahl 1990 ganz offensichtlich der Fall war.

Anders als die FDP hatten die Grünen bei der Wiedervereinigung keine großen Hoffnungen auf ihren Wählerzuspruch in den neuen Ländern gesetzt. Rückblickend erwies sich diese Einschätzung als durchaus berechtigt. Die westdeutschen Grünen schlossen sich 1993 mit dem ostdeutschen Bündnis 90, das verschiedene Bürgerrechtsgruppen vereinte, zu „Bündnis 90/Die Grünen“ zusammen. Bei der Wahl 1994 verlor diese Formation in den neuen Ländern gegenüber 1990 etwas und kam auf gut vier Prozent; ihre Ergebnisse bei den beiden folgenden Wahlen wichen davon kaum ab und blieben stets unter der Fünfprozentmarke, erst 2005 konnte sie diese Schwelle knapp überschreiten. Seit der Fusion zu Bündnis 90/Die Grünen schnitt die Partei im Osten schlechter ab als im Westen. Denn in den alten Ländern erholten sich die Grünen von ihrem Debakel bei der Vereinigungswahl 1990 bald wieder. Sie erreichten 1994 und 1998 jeweils über sieben Prozent. 2002, als sie erstmals als amtierende Regierungspartei antraten, erzielten sie mit über neun Prozent sogar ihr bestes Ergebnis bei

Bundestagswahlen überhaupt, das sie 2005 knapp verfehlten. Insgesamt scheinen die Grünen ihre Position als feste Größe im deutschen Parteiensystem konsolidiert zu haben.

Besonderes öffentliches Interesse fanden die Wahlergebnisse der SED-Nachfolgepartei PDS, galt ihr Abschneiden bei Wahlen vielen doch als Indikator für Fortschritte bei der inneren Einheit. Entgegen den Erwartungen renommierter Beobachter aus der Vereinigungszeit konnte sie sich in den neuen Ländern als starke politische Kraft etablieren. 1994 legte sie auf rund zwanzig Prozent zu. Dieses Niveau konnte sie bei den folgenden Wahlen halten, 2005 steigerte sie sich sogar auf rund 25 Prozent und hätte beinahe die CDU als zweitstärkste Kraft in den neuen Ländern verdrängt. Eine wichtige Rolle bei ihren Wahlerfolgen scheinen Enttäuschungen der ostdeutschen Wähler über soziale und ökonomische Folgen des Einigungsprozesses und die Ablehnung der von den beiden Volksparteien weitgehend gemeinsam getragenen Sozialreformen seit 2003 gespielt zu haben.

In den alten Bundesländern gelang es der PDS dagegen lange Zeit nicht, Fuß zu fassen. Wie ihre sehr bescheidenen Wahlergebnisse von etwa einem Prozent bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2002 erkennen lassen, schien sie auf eine Nischenexistenz verwiesen. Obwohl nach dem Beginn der Agenda 2010-Politik der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere aber nach der Verabschiedung der so genannten Hartz-Reformen, in den alten Ländern heftige Kritik von links an der Regierungspolitik einsetzte, schien der PDS der Schritt nach Westdeutschland nicht zu gelingen. Denn linke Kritiker der Regierungspolitik sammelten sich hier nicht in der PDS, sondern gründeten neue Organisationen, die sich in der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zusammenschlossen. Die PDS beobachtete dies mit einiger Skepsis, da sie gegen diese Konkurrenz in Westdeutschland keine echte Chance zu haben schien. Trotz anfänglicher Skepsis auf beiden Seiten einigten sich PDS und WASG vor der Wahl 2005 auf eine Zusammenarbeit. Demnach benannte sich die PDS in „Linkspartei“ um und nominierte für die Bundestagswahl 2005 Kandidaten der WASG, darunter den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Lafontaine; für die Zeit nach der Wahl wurden Verhandlungen über eine Fusion beider Parteien vereinbart. In dieser Formation erreichte die Linkspartei am 18. September 2005 beinahe fünf Prozent und ging einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Etablierung in den alten Ländern. Gleichwohl blieb sie mit dieser Strategie auch 2005 im Westen deutlich hinter ihrem Ergebnis in den neuen Ländern zurück, wo sie eine dritte Volkspartei ist, die gesellschaftlich besser verankert scheint als CDU und SPD.

Bedenkt man, dass die Wiedervereinigung Menschen zusammenführte, die vierzig Jahre lang in ganz unterschiedlichen Gesellschaften gelebt hatten, erscheinen die skizzierten

parteilpolitischen Kräfteverhältnisse in Ost- und Westdeutschland erstaunlich ähnlich. Das ändert allerdings nichts daran, dass sich in West- und Ostdeutschland unterschiedliche Parteiensysteme entwickelt haben. Die Unterschiede in den Stimmanteilen der einzelnen Parteien sind seit 1990 nicht geschrumpft, sondern eher gewachsen. Mit ganz wenigen Ausnahmen erzielten die vier Parteien westdeutschen Ursprungs bei Bundestagswahlen in den alten Ländern bessere Ergebnisse als in den neuen. Spiegelbildlich dazu schnitt die spezifisch ostdeutsche PDS bzw. Linkspartei in Ostdeutschland stets ganz erheblich besser ab als in Westdeutschland. Den Parteien scheint es nicht gelungen zu sein, im jeweils anderen Landesteil so stark Wurzeln zu schlagen wie in ihrer angestammten Region. Eine Ursache dürfte darin liegen, dass der gesellschaftliche Nährboden in beiden Landesteilen für sie unterschiedlich fruchtbar ist. Beispielsweise sind die Milieus, auf die sich SPD und Union stützen können, in den neuen Ländern nur in Ansätzen erkennbar. Ebenso wenig findet die Linkspartei in den alten Ländern flächendeckend ein ihr gewogenes Milieu vor, wie es in den neuen Ländern existiert.

Die Unterschiede in den Kräfteverhältnissen lassen sich auf der politischen Links-Rechts-Achse festmachen. Einen enormen Ostbonus genießt die Linkspartei, die für massive staatliche Eingriffe in die gesellschaftliche, vor allem aber die wirtschaftliche Entwicklung eintritt und weiter links angesiedelt ist als die anderen Bundestagsparteien. Alle politisch relevanten Kräfte rechts von ihr schneiden dagegen im Westen besser ab als im Osten. Betrachtet man nur das Wahlergebnis in den alten Ländern, hätte 2002 und 2005 eine Koalition aus Union und FDP sogar eine parlamentarische Mehrheit erhalten. In diesen beiden Fällen hat der Osten also tatsächlich die Wahl im eingangs erläuterten Sinn entschieden. Die innerdeutschen Unterschiede im Wahlverhalten hängen mit Unterschieden in grundlegenden politischen Orientierungen zusammen. Beispielsweise schreiben Ostdeutsche, wohl nicht zuletzt wegen ihrer DDR-Erfahrungen, dem Staat wesentlich mehr Zuständigkeiten zu, als Westdeutsche dies tun (Arzheimer/Falter 2005). Insoweit beschreibt das inzwischen geflügelte Wort vom „roten Osten“ die Realität durchaus zutreffend.

Das ostdeutsche Parteiensystem ist im Vergleich zum westdeutschen nicht nur nach links verschoben, sondern auch stärker zersplittert. In Westdeutschland existieren mit Union und SPD zwei Parteien, die von 1990 bis 2005 jeweils mindestens 35 Prozent erzielen, während auf die übrigen Parteien allenfalls jeweils zehn Prozent entfallen. In Ostdeutschland sind Union und SPD kleiner als im Westen, und es gibt mit der Linkspartei eine dritte Partei, die bei jeder Wahl ein zweistelliges Ergebnis erzielte und 2005 beinahe die CDU als zweite Kraft in den neuen Ländern überholt hätte.

Diese Ost-West-Unterschiede dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in beiden Landesteilen ähnliche Trends zu einer stärkeren Zersplitterung des Parteiensystems abzeichnen. Das ohnehin stärker fragmentierte ostdeutsche Parteiensystem ist seit 1990 noch stärker zersplittert. Ablesen lässt sich dies etwa daran, dass die SPD mit rund dreißig Prozent im Jahr 2005 stärkste Partei war, während ihr dieses Ergebnis 1990 den zweiten Platz mit über zehn Prozentpunkten Rückstand auf die CDU eingebracht hätte. Ähnliches ist in den alten Ländern zu beobachten. 1990 schien die SPD mit gut 35 Prozent der Stimmen in einer dauerhaften Minderheitsposition gefangen, während sie 2005 mit praktisch dem gleichen Ergebnis nur knapp hinter der Union lag, da erstmals seit 1949 beide Volksparteien unter der Vierzigprozentmarke blieben. Die beiden großen Parteien binden heute demnach einen erkennbar kleineren Teil der Wahlberechtigten als noch vor 20 oder 30 Jahren an sich, was auf ein Nachlassen ihrer Integrationskraft hindeutet.

Insgesamt kann man festhalten, dass es im vereinten Deutschland nicht zu einer Anpassung der ostdeutschen Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien an die westdeutschen Muster gekommen ist. Eher könnte man umgekehrt von einer schleichenden Annäherung des Westens an ostdeutsche Verhältnisse sprechen.

4. Konstanz und Wandel im Wahlverhalten

Als eine Besonderheit ostdeutschen Wahlverhaltens hatte Roth (1990) dessen hohe Flexibilität herausgestellt: Die Ostdeutschen fühlten sich nicht langfristig an eine Partei gebunden, trafen daher jedes Mal von neuem eine kurzfristige Entscheidung, die einmal zugunsten der einen, einmal zugunsten der anderen Partei ausfallen könne. Diese Sichtweise relativierte der Hinweis auf Quasi-Parteibindungen in der DDR-Zeit. Erst recht unterstellte die These von einem strukturellen Konflikt zwischen regimenahen und regimefernen Schichten ein stabiles Stimmverhalten der ostdeutschen Wähler. Sollte sie zutreffen, könnte es für Parteien in den neuen Ländern nur um die Mobilisierung ihrer Anhänger gehen. Würde dagegen die Tabula-rasa-These die Realität am besten beschreiben, müssten die Parteien immer wieder von neuem um einmal gewonnene Stimmen werben. Der politische Wettbewerb würde sich daher in den neuen Bundesländern durch einen höheren Konkurrenzdruck auszeichnen als in den alten.

Erste Hinweise darauf, wie es um die Stabilität des Wahlverhaltens tatsächlich bestellt ist, gibt die Entwicklung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse über die Zeit, die bereits im letzten Abschnitt kurz angeschnitten wurde. Im innerdeutschen Vergleich erweisen sich die

Kräfteverhältnisse in den alten Ländern als deutlich stabiler. Ablesen lässt sich dies etwa daran, dass der Stimmenanteil der Union in Westdeutschland seit der Vereinigung in einem Intervall von 37 und 44 Prozent schwankte, im Osten dagegen zwischen rund 25 und knapp 42 Prozent. Ähnlich bewegte sich die SPD im Westen in einem Korridor zwischen 35 und 42 Prozent, während im Osten die Grenzen bei 24 und knapp 40 Prozent lagen. Die FDP pendelte im Westen zwischen sieben und gut zehn Prozent, im Osten hingegen zwischen drei und dreizehn Prozent. Die Anteilswerte der Linkspartei/PDS schwankten im Osten zwischen elf und 25 Prozent, im Westen zwischen wenig mehr als null und knapp fünf Prozent. Über die verschiedenen Parteien hinweg treten in den neuen Ländern bei allen Bundestagswahlen größere Stimmverschiebungen auf als in den alten.

Dieser Eindruck verfestigt sich, wenn man die Landesebene betrachtet. Überraschungen und spektakuläre Verschiebungen scheinen zu ostdeutschen Landtagswahlen beinahe so selbstverständlich zu gehören wie der Wahlkampf. Dieses Muster lässt sich anhand einiger Beispiele veranschaulichen. In Sachsen-Anhalt stürzte die FDP 1994 von zwölf auf weniger als vier Prozent ab, konnte aber 2002 wieder von rund vier Prozent auf gut dreizehn Prozent zulegen. Bei der gleichen Wahl verlor die SPD von knapp 36 Prozent auf 20 Prozent, während die CDU im Gegenzug von 22 auf 37 Prozent hinzugewann. Ebenfalls in Sachsen-Anhalt gelang der rechtsextremen DVU 1998 mit knapp 13 Prozent der Stimmen ein Überraschungserfolg, doch verschwand sie vier Jahre später wieder von der Bildfläche. Die erfolgsverwöhnte sächsische CDU lernte 2004 ebenfalls die vergleichsweise große Unberechenbarkeit der Ostdeutschen an der Wahlurne kennen. Denn sie brach um über fünfzehn Prozentpunkte ein, verlor ihre absolute Mehrheit und war erstmals zur Bildung einer Koalitionsregierung gezwungen.

Im Vergleich dazu zeichnen sich die Landtagswahlergebnisse in den alten Bundesländern nach der Wiedervereinigung durch ein relativ hohes Maß an Kontinuität aus. In jüngerer Zeit scheinen sich aber auch hier erhebliche Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse zu häufen. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei die Stadtstaaten. Man denke an den spektakulären Erfolg der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001, als sie aus dem Stand beinahe zwanzig Prozent erreichte; doch stürzte sie bei der vorgezogenen Wahl 2004 wieder in die Bedeutungslosigkeit. Gleichzeitig konnte die CDU um rund zwanzig Prozentpunkte zulegen und die Mehrheit der Mandate erringen. Aber auch in Flächenstaaten werden die Veränderungen der Stimmenanteile größer. Man denke etwa an die erdrutschartigen Verschiebungen bei der niedersächsischen Landtagswahl 2003, bei der die SPD beinahe fünfzehn Prozentpunkte verlor, während die CDU beinahe ebensoviel

hinzugewann. Aber auch die nordrhein-westfälische Landtagswahl 2005 sollte man nicht vergessen, deren Ergebnis den Prozess auslöste, der zur vorgezogenen Neuwahl am 18. September 2005 führte. Denn die SPD musste Stimmenverluste von mehr als fünf Punkten hinnehmen, während die CDU um beinahe acht Punkte zulegen konnte. Wie diese Beispiele andeuten, sind starke Ausschläge der Stimmergebnisse bei westdeutschen Landtagswahlen durchaus möglich. Allerdings treten sie erst in jüngerer Zeit häufiger auf und sind nicht derart regelmäßig zu beobachten wie in Ostdeutschland.

Verschiebungen von Stimmenanteilen geben Auskunft über die Stabilität der parteipolitischen Kräfteverhältnisse. Sie können auch erste Hinweise auf die Stabilität des individuellen Wahlverhaltens liefern, erlauben aber keine zuverlässigen Aussagen darüber. Beispielsweise ist es denkbar, dass bei zwei aufeinander folgenden Wahlen Partei A und Partei B jeweils 50 Prozent der Stimmen erhalten, aber alle Wahlberechtigten bei der zweiten Wahl eine andere Partei als bei der ersten gewählt haben. Würde man nur die Veränderungen der Stimmenanteile betrachten, stellte man also trotz eines vollständigen Austauschs der Wählerschaften zwischen A und B keine Bewegung fest. Die Betrachtung von Veränderungen in der Verteilung der Stimmenanteile überschätzt daher in der Regel die Stabilität des Wahlverhaltens. Um Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens realistisch einzuschätzen, ist es daher unabdingbar, zu betrachten, wie sich einzelne Personen bei aufeinander folgenden Wahlen entscheiden.

Die klassische Wechselwahl von einer Partei zu einer anderen besitzt eine enorme Bedeutung für den Parteienwettbewerb. Üblicherweise wird die Wechselwahl gemessen, indem man Personen befragt, für welche Partei sie bei der aktuellen Wahl stimmen und für welche sie sich bei der vorangegangenen Wahl entschieden haben. Legt man diese so genannte Rückerinnerungsmethode zugrunde, lässt sich in den alten Bundesländern ein leichter Anstieg der Wechselwahl beobachten. In den achtziger Jahren entschieden sich jeweils zehn bis fünfzehn Prozent der Wähler für eine andere Partei als bei der vorangegangenen Wahl. Daran änderte sich 1990 wenig, seit 1994 liegt die Wechselrate dagegen bei über zwanzig Prozent. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 stieg sie – nach den Ergebnissen von Infratest dimap – sogar auf 27 Prozent. Die Westdeutschen sind also wechselfreudiger geworden. Gleichwohl werden sie darin von den Ostdeutschen übertroffen. Bei der Bundestagswahl 1990 entschieden sich etwa vierzig Prozent für eine andere Partei als bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Diese hohe Rate dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass sich in dieser Umbruchphase das Parteienangebot in Ostdeutschland neu formierte. Daher überrascht es nicht, dass die Wechselrate bei den folgenden

Bundestagswahlen etwas gesunken ist. Auch bei den Wahlen seit 1994 hat sich jedoch immerhin noch ein Viertel bis ein Drittel der ostdeutschen Wähler für eine andere Partei als bei der vorangegangenen Bundestagswahl entschieden.

Diese beträchtlichen Wechselraten unterschätzen die Wechselhaftigkeit des Stimmverhaltens sogar noch deutlich. Fragt man Menschen nach ihrer drei oder vier Jahre zurückliegenden Wahlentscheidung, können sich einige nicht mehr daran erinnern, manche geben statt der damals gewählten Partei diejenige an, für die sie jetzt stimmen wollen. Einige Wechselwähler erscheinen daher irrtümlich als parteitreu. Folglich unterschätzt man auf diese Weise die Wechselaktivität. Um das Ausmaß der Wechselaktivität zu erfassen, ist es daher angemessener, wenn man Personen bei einer Wahl nach ihrem aktuellen Wahlverhalten und genau dieselben Personen bei der folgenden Wahl wieder nach ihrer aktuellen Stimmabgabe fragt. Solche Wiederholungsbefragungen werden wegen des damit verbundenen Aufwands nur selten durchgeführt, doch liegen für das vereinte Deutschland derartige Befunde vor. Demnach wechselte 1998 und 2002 in den alten Ländern rund ein Drittel, in den neuen Ländern zwischen 40 und 50 Prozent der Wähler die Partei. Das erhebliche Maß an Wechselhaftigkeit im Wahlverhalten wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass bei den drei Wahlen 1994, 1998 und 2002 gut die Hälfte der befragten Westdeutschen und weniger als die Hälfte der befragten Ostdeutschen dreimal in Folge für die gleiche Partei votierten. Von den Westdeutschen entschied sich ein gutes Drittel zweimal für die gleiche Partei, knapp ein Zehntel stimmte für drei verschiedene Parteien. Von den Ostdeutschen votierten rund vier von zehn Wählern zweimal für die gleiche Partei und gut zehn Prozent für drei verschiedene. Die Deutschen sind also keineswegs alle auf eine Partei festgelegt, für die sie immer stimmen. Vielmehr scheint ein ganz erheblicher Teil nicht nur bereit zum Wechsel, sondern vollzieht ihn auch, und zwar in Ostdeutschland häufiger als im Westen. Die einzige Ausnahme dazu bilden die Wähler der Linkspartei, was sich daraus erklärt, dass Ostdeutsche wesentlich länger Zeit hatten als Westdeutsche, zu ihr langfristige Bindungen aufzubauen, die das Wahlverhalten stabilisieren können (vgl. Schoen/Falter 2005).

Wenn Wähler wechseln, entscheiden sie sich in der Regel für eine Partei, der sie näher stehen als der vorher gewählten. Beispielsweise schätzen Personen, die von der SPD zur Union wechseln, die Problemlösungsfähigkeit der SPD relativ gering ein, während sie die Unionsparteien als relativ kompetent erachten – allerdings nicht so stark wie die Wiederwähler der Union. Gleiches gilt für die Urteile über Kanzlerkandidaten, aber auch für politische Grundorientierungen. Beispielsweise sehen sich CDU/CSU-SPD-Wechsler in der Regel stärker dem linken Spektrum zugehörig als Personen, die wie bei der vorherigen Wahl

für die Union stimmen oder von der SPD zu CDU oder CSU wechseln. Im Ergebnis wechseln Wähler jeweils zu einer Partei, deren Wählern sie in politischen Einstellungen im Moment relativ stark ähneln.

Wählerwanderungen tragen zu Verschiebungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse bei. In den neunziger Jahren lässt sich dies gut erkennen, wenn man die Wechsel von und zur SPD und Union betrachtet. 1994 konnten SPD und Union in den alten Ländern einen ähnlich hohen Anteil ihrer Wähler des Jahres 1990 halten; in den neuen Ländern scheint die SPD dagegen eine deutlich höhere Haltequote aufzuweisen. Die SPD konnte aber nicht nur mehr Wähler halten, sondern gewann gerade in Ostdeutschland auch mehr neue hinzu, wobei die CDU das Reservoir bildete, während ehemalige PDS-Wähler 1994 kaum unter den SPD-Wählern zu finden waren. Diese Kombination aus hoher Haltequote und Attraktivität für Wechsler von anderen Parteien scheint wesentlich zu dem enormen Anstieg des SPD-Anteils in den neuen Ländern beigetragen zu haben. Der SPD erreichte damit das Ziel vieler Wahlkämpfer, Stammwähler zu halten und neue Wähler hinzuzugewinnen.

Zwischen 1994 und 1998 war die Union nicht nur in den neuen Ländern merklich weniger erfolgreich beim Versuch, ihre Wähler zu halten, sondern auch in den alten Ländern gelang ihr dies bei weitem nicht so gut wie der SPD. Zugleich konnte die SPD vergleichsweise viele neue Wähler von anderen Parteien hinzugewinnen. Besonders auffällig ist dabei in Ostdeutschland der im Vergleich zu 1994 merklich höhere Anteil ehemaliger PDS-Wähler. Dieses Muster verstärkte sich im Jahr 2002, als ein Fünftel der ostdeutschen SPD-Wähler 1998 noch für die PDS votiert hatte – erstmals hatten mehr frühere PDS-Wähler als CDU-Wähler für die Sozialdemokraten gestimmt. Dies trug wesentlich dazu bei, dass die SPD in den neuen Ländern 2002 noch einmal deutlich zulegen konnte. Zugleich sprechen diese Beobachtungen dafür, dass die PDS auf der Wählerebene weniger isoliert ist, als man bei einem Blick auf das Verhalten der Partieliten meinen könnte.

Die Unionsparteien konnten 2002 mehr Wähler halten als noch 1998 und zugleich ihre Attraktivität für Wähler anderer Parteien steigern. Besonders auffällig ist dabei die hohe Rückkehrbereitschaft von Wählern, die 1994 für die Union und 1998 für die SPD gestimmt hatten. Einige Wähler scheinen 1998 von der Union vorwiegend aus Überdruß an Helmut Kohl und weniger aus dem Wunsch heraus, einen grundsätzlichen Politikwechsel herbeizuführen, zur SPD gewechselt zu sein. Diese Vermutung erscheint noch plausibler, wenn man sich vor Augen führt, dass sich 1998 – anders als bei den anderen gesamtdeutschen Wahlen – die westdeutschen CDU/CSU-SPD-Wechsler nicht weiter links von der politischen Mitte einordneten als Wechsler in der entgegen gesetzten Richtung. Die Strategie des „Dritten

Weges“ unter dem Motto „Nicht alles anders, aber vieles besser“, die die SPD 1998 verfolgte, scheint also durchaus erfolgreich gewesen zu sein.

Bei der Wahl 2005 hat die SPD eine beträchtliche Zahl von Wählern an die Linkspartei verloren. In den alten Bundesländern scheinen ehemalige SPD-Wähler sogar den größten Teil der Linkspartei-Wähler auszumachen, was angesichts der Entstehungsgeschichte und des Selbstverständnisses der WASG nicht sonderlich erstaunt. Aber auch zu den Unionsparteien wanderten etliche frühere SPD-Wähler ab. CDU und CSU ihrerseits hatten erhebliche Verluste in Richtung FDP hinzunehmen. Zu dem ernüchternden Ergebnis der beiden Volksparteien scheinen zusätzlich Probleme beitragen zu haben, bisherige Wähler wieder für die Stimmabgabe zu mobilisieren.

Wie diese Beispiele veranschaulichen, sind Wechselwähler eine strategische Größe im politischen Wettbewerb, und mehr Wechselwähler begünstigen eine höhere Intensität in der Konkurrenz zwischen den Parteien. Die deutlich höhere Wechselaktivität in den neuen Ländern spricht daher für einen besonders intensiven Parteienwettbewerb. Daraus darf nicht geschlossen werden, in den alten Ländern hätten die Parteien keinen Anreiz, sich um Wähler zu bemühen. Im Gegenteil, auch in den alten Bundesländern ist das Stimmverhalten bei Bundestagswahlen instabiler geworden. Zusätzlich wächst der Anreiz für Parteien zu einer intensiven Auseinandersetzung um die Wahlberechtigten dadurch, dass mehr Menschen als früher ihre endgültige Wahlentscheidung erst kurz vor der Stimmabgabe treffen. Gaben 1990 nur rund 15 Prozent der Wähler an, sich in den letzten Wochen oder Tagen vor der Wahl entschieden zu haben, so ist dieser Anteil 2002 auf beinahe ein Viertel angestiegen und 2005 weiter gewachsen.

Insgesamt haben sich die Ostdeutschen in den letzten fünfzehn Jahren nicht an das vergleichsweise stabile Wahlverhalten in der alten Bundesrepublik angepasst. Eher erscheinen die Ostdeutschen als politische Avantgarde, der die Westdeutschen, wenn auch unbewusst, folgen.

5. Soziale Großgruppen, Parteibindungen und Wahlverhalten

Als eine wesentliche Ursache für die vergleichsweise hohe Konstanz des Wahlverhaltens in der alten Bundesrepublik gelten dauerhafte Bündnisse zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und politischen Parteien. Von entscheidender Bedeutung für das Wahlverhalten und das Parteiensystem waren die Bündnisse zwischen Arbeiterschaft und SPD einerseits sowie zwischen (praktizierenden) Katholiken und Union andererseits. Diese Bündnisse sorgen

dafür, dass Mitglieder dieser sozialen Großgruppen eine stabile Bindung an die jeweilige Partei entwickeln und entsprechend wählen. Nachdem die SPD bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 eine deutliche Niederlage hatte hinnehmen müssen und die CDU unter Arbeitern überdurchschnittlich gut abgeschnitten hatte, nahm kaum mehr jemand an, dass sich in den neuen Ländern die gleichen Bündnisse in der gleichen Stabilität wie in den alten Ländern würden beobachten lassen. Jedoch herrschte kein Konsens darüber, was stattdessen in den neuen Ländern zu erwarten sei.

Wie haben die sozialen Gruppen seit der Wiedervereinigung schließlich gewählt? Die Katholiken erwiesen sich im vereinten Deutschland als Bastion der Unionsparteien. In den alten Ländern votierte rund die Hälfte von ihnen für CDU oder CSU. Die Affinität zu den Unionsparteien wuchs dabei mit der Stärke der Kirchenbindung. Aus der relativ kleinen Gruppe von Katholiken, die regelmäßig den Gottesdienst besuchen, stimmten teilweise sogar vier von fünf für die Union. Deutlich seltener entschieden sich Protestanten für die Union, erst recht zeigte sich die kleine, aber wachsende Gruppe der Konfessionslosen den Unionsparteien gegenüber sehr reserviert. Sowohl bei den Protestanten als auch bei den Konfessionslosen schnitt die SPD mit jeweils mindestens rund 40 Prozent von allen Parteien am besten ab. Auch in den neuen Ländern erzielte die CDU unter den Katholiken deutlich bessere Resultate als unter den Protestanten und den Konfessionslosen; teilweise schnitt sie sogar besser ab als bei den westdeutschen Katholiken. 1990 und 1994 war sie auch unter den ostdeutschen Protestanten eindeutig Mehrheitspartei, büßte ihren klaren Vorsprung in der Zwischenzeit jedoch praktisch vollständig ein und liegt nun mit den Sozialdemokraten Kopf an Kopf. Lediglich bei den stark kirchengebundenen Protestanten scheint die Union in Ostdeutschland immer noch starken Rückhalt zu finden. Die konfessionslosen Ostdeutschen entschieden sich in der Regel bevorzugt für die SPD, während CDU und PDS mit Stimmenanteilen von 20 bis 30 Prozent um die zweite Position kämpften. Bei der Wahl 2005 änderte sich das Bild deutlich, da nun SPD und PDS mit je knapp einem Drittel der Stimmen an der Spitze standen und die CDU mit rund 20 Prozent deutlich hinter sich ließen.

Im Grunde gelten also in beiden Landesteilen die gleichen Regelmäßigkeiten, doch unterscheiden sich West- und Ostdeutschland ganz erheblich in der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung. In den alten Ländern gehören rund drei Viertel der Deutschen einer christlichen Kirche an, darunter mehrheitlich der katholischen Kirche, deren Normen und Riten gerade in Süddeutschland die Lebenswelt vieler Menschen noch erheblich prägen. In den neuen Ländern gehört weniger als ein Viertel der Bevölkerung einer christlichen Kirche an, und die Katholiken bilden eine zahlenmäßig marginale Minderheit

unter der Fünfprozentmarke. Gerade umgekehrte Größenverhältnisse sind bei den Konfessionslosen zu beobachten: während ihnen drei von vier Ostdeutschen zuzurechnen sind, machen sie in Westdeutschland weniger als 20 Prozent der Bevölkerung aus. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, die unterschiedlichen parteipolitischen Kräfteverhältnisse, nicht zuletzt aber die gravierenden innerdeutschen Diskrepanzen beim Wählerzuspruch für die C-Parteien mit der konfessionellen Zusammensetzung Ost- und Westdeutschlands in Verbindung zu bringen.

Wenden wir uns nun der Parteipräferenz der verschiedenen Berufsgruppen zu. In den alten Bundesländern lassen sich seit der Wiedervereinigung die traditionellen Zuordnungen zwischen politischen Parteien und Bevölkerungsgruppen beobachten. Arbeiter entscheiden sich bevorzugt für die SPD, erst recht gilt das für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, unter denen die SPD zeitweise über 60 Prozent der Stimmen erreicht. Die Unterstützung für die SPD ist nicht konstant über die Zeit, sondern unterliegt Schwankungen. So haben die Sozialdemokraten 1998 gut die Hälfte der Arbeiterstimmen erhalten, sind aber 2005 – vermutlich infolge der Agenda 2010 – auf nur rund 40 Prozent gekommen. Wie diese Stimmenanteile verraten, votiert die Arbeiterschaft im vereinten Deutschland keineswegs geschlossen für die Sozialdemokraten. Immerhin 30 bis 40 Prozent der Arbeiter stimmen für die Unionsparteien. Sie – wie auch die FDP – haben ihre Bastionen bei den Selbständigen und Landwirten, von denen sie bis 2002 mehr als die Hälfte der Stimmen erhielten. 2005 hat sie jedoch auch in dieser Gruppe deutliche Einbußen hinnehmen müssen. Im Ergebnis schneidet die Union im alten Mittelstand 2005 nicht mehr um so viel besser als bei Arbeitern ab, wie es lange Zeit der Fall war. Insoweit ist es zu einer Angleichung der Berufsgruppen an der Wahlurne gekommen.

Die neuen Mittelschichten, die Angestellte und Beamte umfassen, lassen sich in dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit nicht eindeutig einer Seite zuschlagen. Deshalb kann man von keiner ausgeprägten Affinität zu einer bestimmten Partei ausgehen. Es erstaunt daher kaum, dass bei den Wahlen seit der Wiedervereinigung in dieser Gruppe SPD und Union stets Kopf an Kopf an der Spitze liegen und bei einer Wahl die eine Partei, bei der nächsten Wahl die andere Partei knapp die Nase vorn hat. Kennzeichnend für Angestellte und Beamte ist schließlich ihre überdurchschnittliche Unterstützung für die Grünen. Diese Bevölkerungsschichten scheinen also in ihren politischen Präferenzen weniger festgelegt und aufgeschlossener für neue Parteien zu sein als andere.

In den neuen Ländern bestätigte die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl die Sensation vom 18. März 1990: Die Mehrheit der Arbeiter stimmte für die CDU, während SPD und PDS in

dieser Gruppe deutlich das Nachsehen hatten. Auch wenn ihr Vorsprung geschmolzen war, konnte die CDU 1994 ihre Spitzenposition bei den Arbeitern – und sogar bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern – verteidigen. Vier Jahre später übernahm die SPD die Spitzenposition und distanzierte die CDU um rund zwanzig Prozentpunkte, die nun wie die PDS rund ein Fünftel der Arbeiter von sich überzeugen konnte. Auch 2002 und 2005 entschieden sich ostdeutsche Arbeiter bevorzugt für die SPD, doch sank ihr Stimmenanteil von über 40 auf rund 30 Prozent. 2002 rangierte die CDU auf dem zweiten Platz, 2005 konnte sie nur noch rund ein Viertel der Stimmen ostdeutscher Arbeiter auf sich vereinigen. Zum härtesten SPD-Konkurrenten um die Spitzenposition war inzwischen die Linkspartei geworden, die wie die SPD rund 30 Prozent erreichte. Die aus westdeutscher Sicht anomale Spitzenposition der CDU in der Gunst der Arbeiter gehört also der Vergangenheit an und erscheint im Rückblick als eine Besonderheit der Umbruchsituation 1990. Im Gegenzug hat die SPD den aus den alten Ländern gewohnten ersten Rang in der Beliebtheitskala der Arbeiter errungen. Dies deutet auf eine allmähliche Annäherung an westdeutsche Muster hin. Allerdings darf man nicht übersehen, dass die SPD unter ostdeutschen Arbeitern deutlich schlechter abschneidet als unter westdeutschen. Ein Grund dafür ist die Linkspartei/PDS, die in den neuen Ländern besonders seit 2005 erfolgreich um Arbeiter werben kann.

Innerdeutsche Ähnlichkeiten überwiegen, wenn man das Wahlverhalten von Selbständigen, Freiberuflern und Landwirten betrachtet. Auch in den neuen Ländern favorisieren sie die CDU, wenngleich nicht derart eindeutig wie ihre westdeutschen Kollegen. Zudem übertreffen sie in beiden Landesteilen alle anderen Berufsgruppen in der Vorliebe für die Union.

Ostdeutsche Angestellte und Beamte entscheiden sich hingegen anders als ihre westdeutschen Kollegen. In den neuen Ländern nimmt die SPD seit 1994 die Spitzenposition ein und ließ die CDU zeitweise um deutlich mehr als zehn Prozentpunkte hinter sich. 2005 liegt die CDU in dieser Gruppe sogar mit der Linkspartei/PDS praktisch gleichauf. Es scheint, als habe die ostdeutsche neue Mittelschicht eine klare Präferenz für linke Parteien entwickelt und sei damit für die Union zu einer Problemgruppe geworden. Anders als in Westdeutschland schneidet die SPD im Osten in der neuen Mittelschicht in einigen Fällen sogar besser ab als bei den Arbeitern und ist insoweit mindestens ebenso sehr Angestellten- und Beamtenpartei wie Arbeiterpartei. Während also im Westen die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft im Vergleich zur neuen Mittelschicht die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahl steigert, senkt sie diese in den neuen Ländern tendenziell. Mit anderen Worten, verwendet man die aus Westdeutschland bekannten Regelmäßigkeiten, um in Ostdeutschland Wahlverhalten nach der

Devise „Sag’ mir welchen Beruf du ausübst, und ich sage dir, welche Partei du wählst“ vorherzusagen, kann man an dieser Stelle manche Überraschung erleben.

Wie ist es nun um die Stabilität der Parteipräferenz dieser Bevölkerungsgruppen bestellt? Unser Hauptaugenmerk gilt dabei den klassischen Klientelgruppen von Union und SPD, die sich in der alten Bundesrepublik durch eine vergleichsweise große Loyalität zu „ihren“ Parteien auszeichneten, nämlich Katholiken und Arbeiter.

Katholiken sehen sich in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen zu gut vierzig Prozent als langfristige Anhänger der Unionsparteien. Dementsprechend unterscheiden sich west- und ostdeutsche Katholiken kaum in ihrer Treue zur Union. Beispielsweise stimmten in beiden Landesteilen Katholiken, die 1998 für die Union gestimmt hatten, 2002 zu ungefähr achtzig Prozent wieder für die Union. Von den Katholiken, die an beiden Wahlen teilnahmen, entschieden sich in West und Ost rund vierzig Prozent in beiden Fällen für die Union. Die Union kann sich folglich zwar nicht darauf verlassen, dass ein Katholik immer Union wählt, wenn er einmal Union gewählt hat, doch erfreut sie sich in ihrer traditionellen Kernklientel einer relativ stabilen Unterstützung.

Unter den westdeutschen Arbeitern bezeichnen sich durchgängig rund 35 Prozent als langfristige SPD-Anhänger. In den neuen Ländern bewegt sich der Anteil der SPD-Anhänger unter den Arbeitern dagegen nur um die Zwanzigprozentmarke. PDS-Anhänger sind in dieser Gruppe mit fünf bis zehn Prozent auch nicht überproportional vertreten, wohl aber die Parteilosen mit vierzig bis fünfzig Prozent. Diesen Eindruck bestätigen Ergebnisse zur Stabilität des Wahlverhaltens. Denn westdeutsche Arbeiter haben 1998 und 2002 zu vierzig bis fünfzig Prozent bei zwei aufeinander folgenden Wahlen für die SPD votiert. Bei ihren ostdeutschen Kollegen liegt der Anteil der zweimaligen SPD-Wähler dagegen zwischen zwanzig und dreißig Prozent. Folglich scheint die Unterstützung der Arbeiter für die SPD in den neuen Ländern tatsächlich wesentlich stärker als in den alten Ländern momentanen Einflüssen geschuldet zu sein als längerfristigen politischen Loyalitäten. Die SPD kann hier weniger selbstverständlich von einer steten Unterstützung seitens der Arbeiter ausgehen und muss daher intensiver immer wieder von neuem um die Stimmen dieser Gruppe werben.

Zu einem gewissen Grad haben sich also die aus der alten Bundesrepublik bekannten Muster gruppenbasierten Wahlverhaltens auch in den neuen Ländern entwickelt und durchgesetzt. Die Allianz zwischen Arbeitern und Sozialdemokratie ist in den neuen Ländern allerdings weniger stabil und belastbar als in den alten. Das Bündnis zwischen Katholiken und Union scheint in beiden Landesteilen ähnlich stabil zu sein, doch können die Katholiken in den neuen Ländern ob ihrer geringen Zahl nur wenig zu Wahlerfolgen der Union beitragen. Seit

der Wiedervereinigung können SPD und Union also weniger denn je damit rechnen, allein als Interessenvertretung ihrer klassischen Klientelgruppen erfolgreich zu sein, und müssen stärker versuchen, auch andere Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Dass mittlerweile CDU und SPD von Ostdeutschen geführt werden, die nicht den klassischen Milieus ihrer Parteien entstammen, könnte man vor diesem Hintergrund als Reaktion der Parteien auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen interpretieren.

6. Fazit und Ausblick

Am 2. Dezember 1990 hatten erstmals seit 1933 wieder alle Deutschen Gelegenheit, bei einer freien Wahl ihre Stimme abzugeben. Darüber, wie West- und Ostdeutsche wählen würden, kursierten zahlreiche Spekulationen. Wie sieht nun die Bilanz nach 15 Jahren aus?

In West- und Ostdeutschland herrschen unterschiedliche parteipolitische Kräfteverhältnisse. In den neuen Ländern stehen sich SPD, CDU und PDS beinahe als ebenbürtige Konkurrenten um die Position der stärksten Partei gegenüber. FDP und Grüne bewegen sich zwischen fünf und zehn Prozent. Es liegt ein Fünfparteiensystem mit drei großen und zwei kleinen Parteien vor. In Westdeutschland sind Union und SPD deutlich stärkste Parteien und können merklich größere Stimmenanteile für sich verbuchen als in den neuen Ländern. Allerdings sind die beiden großen Parteien im Vergleich zur alten Bundesrepublik deutlich kleiner geworden. FDP und Grüne bewegen sich auf einem etwas höheren Niveau als in Ostdeutschland. Die Linkspartei schneidet wesentlich schlechter ab als dort, scheint aber mittlerweile in der Lage, auch im Westen mehr als fünf Prozent der Stimmen zu erzielen. Damit ist das Parteiensystem in den neuen Ländern stärker zersplittert als in den alten und nach links verschoben. Insofern kann man mit einer gewissen Berechtigung vom „roten Osten“ sprechen.

Allerdings sind die neuen Bundesländer nicht eine stabile Bastion einer bestimmten Partei, sei sie nun links oder auch nicht. Kennzeichnend für das Wahlverhalten in Ostdeutschland ist die vergleichsweise geringe Stabilität. Unter den ostdeutschen Wahlberechtigten finden sich weniger Parteianhänger mit traditionellen Bindungen als in Westdeutschland. In den neuen Ländern entscheiden mehr Bürger kurzfristig, ob sie zur Wahl gehen und für wen sie stimmen. Sie wechseln häufiger von Wahl zu Wahl zwischen verschiedenen Parteien. Eine Ausnahme dazu bilden die Wähler der Linkspartei. Verglichen mit den neuen Ländern erscheint das Stimmverhalten in den alten Ländern auch heute noch als ein Hort politischer Stabilität. Allerdings setzte sich hier der langfristige Trend zur Erosion langfristiger Parteibindungen auch nach 1990 fort. Daher ist seit der Wiedervereinigung das Wahlverhalten

in den alten Ländern ebenfalls instabiler und unberechenbarer geworden. In dieser Hinsicht haben sich somit die traditionelleren westdeutschen Wähler den weniger parteigebundenen, spontaner entscheidenden ostdeutschen angenähert. Ja, man könnte beinahe meinen, hier habe die Ulbricht-Parole „Überholen, ohne einzuholen“ ein angemessenes Anwendungsgebiet gefunden.

Von einer inneren Einheit beim Wahlverhalten kann daher auch fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung nicht gesprochen werden. Ost- und Westdeutsche entscheiden sich auch heute noch aus unterschiedlichen Gründen für unterschiedliche Parteien. Das Diktum vom Wahl entscheidenden Osten entbehrt daher nicht einer sachlichen Grundlage. Aus der Sicht einzelner Parteien sind diese Differenzen mit gravierenden Konsequenzen verbunden. Beispielsweise hatten Union und FDP 2002 in den alten Ländern eine Mehrheit, nicht jedoch in den neuen. Für das politische System als Ganzes sind unterschiedliche parteipolitische Mehrheitsverhältnisse an sich unproblematisch. Sollten darin allerdings separatistische Bestrebungen oder antidemokratische Tendenzen zum Ausdruck kommen, bestände Anlass zur Besorgnis. Auch wenn die Linkspartei/PDS nicht über jeden derartigen Zweifel erhaben ist, sollte man die innerdeutschen Differenzen in den parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen nicht dramatisieren.

Die Ost-West-Unterschiede erscheinen erst recht in einem milderem Licht, wenn man sich die zum Teil ganz erheblichen Unterschiede innerhalb West- und Ostdeutschlands vor Augen hält. Man denke nur daran, dass die Unionsparteien bei der Bundestagswahl 2002 in Süddeutschland beinahe die absolute Stimmenmehrheit erzielt hätten, im übrigen Westdeutschland aber nur auf wenig mehr als ein Drittel der Stimmen kamen. Damit war die westdeutsche Nord-Süd-Differenz größer als die West-Ost-Differenz, ohne dass dies als Indiz für eine Gefährdung der staatlichen Einheit interpretiert worden wäre.

Soweit seit der Wiedervereinigung innerdeutsche Annäherungen im Wahlverhalten erkennbar sind, entsprechen sie nicht immer der Erwartung, die Ostdeutschen passten sich westdeutschen Mustern an. Denkt man an die Stabilität des Wahlverhaltens, scheinen sich sogar eher die Westdeutschen an die flexiblen Ostdeutschen anzunähern. Verglichen mit der alten Bundesrepublik ist damit die gesamtdeutsche Wählerschaft zum einen durch den Beitritt der wechselfreudigen Ostdeutschen, zum anderen durch die fortschreitende Abschwächung traditionellen Wahlverhaltens bei den Westdeutschen unberechenbarer geworden.

Der Wandel der Wählerschaft hin zu mehr Flexibilität und Unberechenbarkeit hat weit reichende Konsequenzen für die Stabilität von politischen Mehrheiten und damit für den politischen Prozess. Von Wahl zu Wahl können größere Verschiebungen der parteipolitischen

Kräfteverhältnisse auftreten. Es wird wahrscheinlicher, dass die Wähler Regierungswechsel an der Wahlurne erzwingen, wie sie es 1998 und 2005 getan haben. Einzelne Parteien müssen damit rechnen, herbe Verluste einzustecken. Anderen droht möglicherweise sogar das komplette Verschwinden von der politischen Bühne. Gleichzeitig kann eine einmal erlittene Niederlage leichter und schneller als früher von einem strahlenden Sieg abgelöst werden. Nicht zuletzt steigen die Aussichten von Parteineugründungen, etwa einer Rentnerpartei oder einer Immigrantenpartei, sich im Parteiensystem zu etablieren. Auch extremistische Parteien können sich bessere Chancen ausrechnen. Die politische Landschaft dürfte also insgesamt stärker in Bewegung geraten.

Das Parteiensystem scheint zudem stärker zersplittert zu werden. Durch Parteibindungen war vor allem das Wahlverhalten zugunsten der beiden großen Parteien, Union und SPD, stabilisiert. Gerade sie scheinen nun unter der Destabilisierung besonders zu leiden, da sie heute weniger selbstverständlich davon ausgehen können, mehr als dreißig oder vierzig Prozent der Stimmen zu erzielen. Wenn aber die großen Parteien kleiner werden, dürfte es häufiger als bisher zu anderen als den klassischen Koalitionen aus einer großen und einer kleinen Partei kommen. Große Koalitionen könnten häufiger geschlossen werden, aber auch exotisch erscheinende Bündnisse aus drei und mehr Parteien oder Minderheitsregierungen könnten denkbar oder sogar Realität werden. Möglicherweise könnte sich dadurch auch die Lagerlogik ändern, der der Parteienwettbewerb in der Bundesrepublik bisher gehorcht.

Der wachsende Teil der Wählerschaft, der kurzfristig und spontan entscheidet, lässt es wahrscheinlicher werden, dass bis zum Wahltag unklar bleibt, wer eine Wahl gewinnen wird. Dieses größere Spannungsmoment erschwert es Meinungsforschungsinstituten, zutreffende Prognosen vorzulegen, könnte aber gleichzeitig das öffentliche Interesse am Wahlkampf und an Wahlen allgemein intensivieren. Es steigert aber auch die Intensität der Wahlauseinandersetzung zwischen den Parteien. Denn weniger als bisher kann man sicher davon ausgehen, dass Menschen, die zwei oder drei Wochen vor einer Wahl für eine Partei stimmen wollen, dies auch tatsächlich am Wahltag tun werden. Daher lohnt es sich für Parteien und Politiker, noch intensiver und bis zur letzten Minute vor der Stimmabgabe um die Gunst der Wahlberechtigten zu werben.

Für den einzelnen Bürger steigt mit der Unsicherheit, wie die Wahl tatsächlich ausgehen wird, das Risiko, dass sein Votum eine ganz andere Wirkung entfaltet, als er anstrebt. Beispielsweise könnte ein SPD-Sympathisant annehmen, dass eine rot-grüne Koalition sicher den Wahlsieg davontragen werde. Um die ökologischen Anliegen in dieser Koalition zu stärken, votiert er für die Grünen. Am Wahltag selbst erweist sich ein rot-grünes Bündnis als

nicht mehrheitsfähig, und die Grünen schließen mit anderen Partnern eine Regierungskoalition. Damit hätte er mit seinem Votum eine Koalition gegen seine eigentlich bevorzugte Partei unterstützt. Um die Wirkung der Stimmabgabe kalkulierbarer zu machen, könnten Bürger und Politiker eine Änderung des Wahlsystems fordern, und zwar in Richtung eines Mehrheitswahlsystems.

Das veränderte Wahlverhalten gibt Parteien und Politikern Anreize, stärker auf die politischen Wünsche der Bürger einzugehen und um Vertrauen zu werben. Daher könnte die Auseinandersetzung zwischen Parteien und Politikern mehr als bislang die Wünsche und Sorgen der Bürger widerspiegeln. Im Ergebnis könnte die viel beschworene Bürgernähe der Politik zunehmen. Nicht zuletzt könnte es dazu führen, dass Parlamentsentscheidungen zu einem Spiegelbild der öffentlichen Meinung werden und die repräsentative Demokratie stärker direktdemokratische Züge gewinnt.

Ein politischer Wettbewerb mit höherem Konkurrenzdruck und einer stärkeren Rückkopplung von Politikern und Parteien an die Bürgerwünsche mag manchem uneingeschränkt positiv erscheinen. Bei näherem Hinsehen ist diese optimistische Sichtweise jedoch in zweierlei Hinsicht zu relativieren. Die stärkere Orientierung der Politik an momentanen Bürgerwünschen könnte es erschweren, langfristige Projekte zu betreiben, die nicht nur populäre Maßnahmen umfassen. Denkt man etwa an die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Reformen der Sozialsysteme, die Energiepolitik oder die Migrationspolitik, könnte die stärkere Orientierung an momentanen Wählerwünschen langfristig wünschenswerte Schritte erschweren, verzögern oder ganz verhindern. Der Wählerwandel könnte demnach den viel zitierten Reformstau verschärfen. Allerdings könnten kurzfristig entscheidende Bürger bei der Stimmabgabe die politischen „Grausamkeiten“ der zurückliegenden Jahre ausblenden, was zynische Politiker ausnutzen könnten.

Einen genaueren Blick verdienen schließlich die Motive der Wähler, die nicht langfristigen Parteiloyalitäten folgen. Sie könnten sich dem staatsbürgerlichen Ideal eines politisch aufgeklärten Wählers annähern, der sich intensiv mit politischen Problemen auseinandersetzt, verschiedene Lösungsvorschläge analysiert und daraus ein wohl kalkuliertes Votum ableitet. Die Wähler könnten sich so verhalten, müssen es aber nicht. Ebenso gut können sie sich an oberflächlichen Propagandaschlagworten orientieren, für den physisch attraktivsten Spitzenkandidaten votieren oder Vorurteilen folgen; auch die oft spöttisch beschriebene Wahlentscheidung nach Krawattenfarbe könnte in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Der skizzierte Wandel muss also keineswegs dem kühl kalkulierenden Wähler auf breiter Front zum Durchbruch verhelfen, sondern kann auch die Prämie für politischen Populismus

erhöhen. Daher wird es künftig gewiss nicht uninteressanter, das Wahlverhalten im vereinigten Deutschland aufmerksam zu beobachten.

Literatur

Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W., 2005: „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990. Eine Ost-West-Perspektive, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden, 244-283.

Bluck, Carsten/Kreikenbom, Henry, 1991: Die Wähler in der DDR. Nur issueorientiert oder auch parteigebunden?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22, 495-502.

Dalton, Russell J./Bürklin, Wilhelm, 1995: The Two German Electorates: The Social Bases of the Vote in 1990 and 1994, in: German Politics and Society 13, 79-99.

Falter, Jürgen W./Schoen, Harald, 1999: Wahlen und Wählerverhalten, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. Opladen, 454-470.

Roth, Dieter, 1990: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift 31, 369-393.

Schmitt, Hermann, 1992: So dicht war die Mauer nicht! Parteibindungen im Osten Deutschlands, in: Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard (Hrsg.), Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München: Verlag Bonn aktuell, 229-253.

Schoen, Harald/Falter, Jürgen W., 2005: Der große Sprung nach vorn? Die Linkspartei und ihre Wähler bei der Bundestagswahl 2005, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (i.E.).